

20. Juli 2018

++ Pressemitteilung ++

Jongen: Die sogenannte „Brüsseler Erklärung“ ist der Versuch, das bürgerliche Lager als nützlichen Idioten linker Gesellschaftsveränderung einzuspinnen

Mit Blick auf die von den Grünen-Politikern Claudia Roth und Erhard Grundl initiierte und von den „üblichen Verdächtigen“ des linken Kulturbetriebs unterzeichnete „Brüsseler Erklärung – Für die Freiheit der Kunst“ erklärte der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Marc Jongen:

„Es handelt sich um den üblichen, wenn auch schon zunehmend verzweifelten Versuch der Grünen, mit einer pathetischen Beschwörung der ‚Freiheit der Kunst‘, die durch eine angeblich ‚nationalistische Kulturpolitik‘ bedroht sei, ein bürgerliches Publikum hinters Licht zu führen. In Wahrheit gibt es keinen ‚ideologischen Kampf‘ gegen die Freiheit der Kunst, der ‚unsere Kulturlandschaft‘ bedroht und auch keine ‚Abschottungsbestrebungen‘. Wohl aber gibt es eine staatliche Gängelung des Kulturbetriebs nach linken und zunehmend linksradikalen Vorgaben, die immer unverhohlener auf die Abschaffung der deutschen Kulturnation hinausläuft, die man durch ein multikulturelles, totalitär-buntes Nach-Deutschland zu ersetzen versucht.“

Wenn nun mit der AfD erstmals eine politische Kraft aufgetreten ist, die den üppig subventionierten linksideologischen Projekten, die das Kulturleben hierzulande in gefährlichem Ausmaß kontaminiert haben, die Steuergelder zu entziehen beabsichtigt, dann schreien die Mentoren und die Profiteure dieser Projekte verständlicherweise auf. Es sei ihnen unbenommen, für ihre politischen Ziele einzutreten. Sie sollten dann allerdings auch so ehrlich sein, diese beim Namen zu nennen und sie nicht mit Idealen wie der ‚Freiheit der Kunst‘ bemänteln, die sie selbst am allermeisten mit Füßen treten. Im heutigen Deutschland ist die Kunst genau so lange frei, wie sie sich im Rahmen linksgrüner politischer Korrektheit bewegt. Was von der ‚Vielfalts‘- und ‚Toleranz‘-Doktrin abweicht, wird mit jakobinischer Unduldsamkeit verfolgt und mundtot gemacht.

Bezeichnend ist, dass der Geschäftsführer und der Präsident des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann und Prof. Christian Höppner, es nicht erwarten konnten, sich als Erstunterzeichner der ‚Brüsseler Erklärung‘ in Szene zu setzen und in einer eigenen Verlautbarung zu ihrer Unterzeichnung aufrufen, wobei sie insbesondere gegen die AfD hetzten. Sie haben sich damit in ein ideologisches Fahrwasser begeben, das den Anspruch des Deutschen Kulturrates als ‚Ansprechpartner der Politik und Verwaltung des Bundes, der Länder und der Europäischen Union‘ in ‚allen übergreifenden kulturpolitischen Angelegenheiten‘ zu dienen, ernsthaft infrage stellt.

Welche Ziele die vereinigte Linke von Grünen, SPD und Linkspartei verfolgt, zeigen exemplarisch die Verlautbarungen ihrer ‚Denkfabrik‘ Institut für Solidarische Moderne. Dessen Vorstandsmitglied Thomas Seibert erklärte vor kurzem in einem Interview, dass ‚jeder Versuch, die Kanakisierung unserer Gesellschaft zurückzudrängen‘, in der ‚Sache rechts‘ sei und deshalb auch ‚zwangsläufig autoritär‘ werde. Bürgerliche Kreise, aber auch politisch unbedarfte Kulturschaffende, die sich mit dieser Klientel in ein Boot setzen, sollten wissen, dass sie nur so lange gelitten sind, wie sie die aggressiv betriebene ‚Kanakisierung‘ unserer Kultur durch diese Ideologen mittragen.

Der von Grünen und Linken beschworene angebliche Angriff auf die ‚Freiheit der Kunst‘ ist nichts anderes als der Versuch, den legitimen Widerstand gegen die dreisten Bestrebungen, die Deutschen als Staatsvolk wegzudefinieren, als Ausdruck eines angeblich ‚nationalistischen Rollbacks‘ gesellschaftlich zu ächten. Wenn das bürgerliche Lager diese unverfrorene Instrumentalisierung der Kultur durch die Linke nicht erkennt, macht es sich zum ‚nützlichen Idioten‘ der Deutschlandabschaffer.“

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>